

Er Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
semijährlicher Zustellung 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., wofür die Zustellung  
gebühren. Bestellungen werden von allen  
Gebühren befreit.  
An amtlichen Zeitungs-Bezugsstellen  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen  
Alle unentgeltlich eingehende Manuskripte  
werden ohne Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Ztg.“ gestattet.  
Bremse der der Redaktion Nr. 11402  
Schlesingerstr. 17, 106, Berlin-Schöneberg  
(Wach 24) Nr. 1266.

# Saale-Zeitung

Grundbesitzer Jahrgang

weder die Spaltezeit oder deren  
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit  
20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von untern Annahmestellen  
und allen Anzeigen-Expeditoren an-  
genommen. Resten die Zeit 75 Pf.  
Erhalten wöchentlich postfrei;  
Sonntags und Feiertagen einmal,  
sonst normal täglich.  
Redaktion und Haupt-Verwaltungs-  
stelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17;  
Verlagsdirektion: Markt 24.

## Deutschlands Flagge in der Uebersee.

Das Vorkommen in den Vierteljahrseften der Statistik des  
Deutschen Reichs gibt einen interessanten Ueberblick über  
Deutschlands Anteil an dem Schiffsverkehr in den über-  
seeischen Häfen. Aus dieser Statistik geht hervor, daß es  
Bogel-Strasß-Politik treiben ließe, wenn man glauben  
wollte, daß der Aufschwung der deutschen Schifffahrt sich  
überall bemerkbar mache. Im großen und ganzen können  
wir gewiss mit Deutschlands Fortschritten im Schiffsverkehr  
zurück sein, es gibt aber auch Länder, in denen der Anteil  
der deutschen Flagge zurückgegangen ist.

Diese Länder befinden sich vornehmlich auf dem amerika-  
nischen Erdteile. Nur im Verkehr mit den Vereinigten  
Staaten und mit einigen der kleineren britischen Kolonien  
hat die deutsche Schifffahrt im letzten Jahrzehnt Fortschritte  
gemacht; im Verkehr mit anderen Ländern aber, wie Kanada,  
Pertho, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile ist ein  
Rückgang zu verzeichnen. Man verheißt uns nicht falsch-  
liche Mühsal bedeutet nicht eine absolute Verminderung  
des deutschen Schiffsverkehrs, wohl aber die prozentuale  
Verminderung des Anteils Deutschlands an dem Schiffsverkehr  
mit den hier angeführten Ländern. Nur im Verkehr mit  
Kanada ist ein absoluter Rückgang festzustellen, und zwar  
ein recht erheblicher. Während noch vor vier Jahren  
Deutschland am Schiffsverkehr mit Kanada mit über  
400,000 t beteiligt war, waren es 1906/07 nur noch  
180,000 t. Der Hauptgrund dieses auffallend starken  
Rückganges ist wohl in den politischen Meinungen zu  
sehen.

Auf vorwiegend politische Momente dürfte wohl auch die  
starke Verminderung des Anteils Deutschlands am maroca-  
nischen Schiffsverkehr zurückzuführen sein. Während  
die deutsche Flagge im Jahre 1904 in einem der sieben  
maroccanischen Häfen an erster, in drei anderen an zweiter  
Stelle stand, ist sie jetzt durchweg auf den dritten Rang  
zurückgedrängt worden, in einem (Mogador) sogar an die  
vierte Stelle. Die Franzosen haben sich jetzt stark in den  
Vordergrund geschoben. Die Gründe dafür liegen auf der  
Hand. Bedeutendster ist allerdings, daß, wenn man das  
Schiffsverkehr der sieben Häfen zusammenfaßt, nicht Frank-  
reich, sondern immer noch Großbritannien den ersten Platz  
einnimmt. Der Sieger der in Marocco anstehenden Eng-  
länder über die britische Politik, die Frankreich den  
Vorrang in Marocco eingeräumt hat, ist demnach wohl be-  
greiflich. Viel bedeutender als der hier angeführte relative  
Rückgang der deutschen Schifffahrt in einigen überseeischen  
Ländern ist der Fortschritt in anderen. Den Hauptplatz  
bilden die asiatischen Länder, in denen der deutsche  
Schiffsverkehr durchweg relativ genommen stark, absolut  
genommen enorm gestiegen ist. Daß der deutsche Schiffs-  
verkehr in Siam von 18,7 Proz. i. J. 1899 auf 56,9 Proz. im  
letzten Berichtsjahre gestiegen ist, ist bekannt. Aber auch  
in anderen Gebieten ist der Fortschritt sehr groß. In  
Brasilien haben einschichtiges Capitan bewilligte die deutsche  
Flagge i. J. 1898 noch nicht ganz 1 Million t, i. J. 1905  
waren es nahezu 2 1/2 Millionen. In Singapur stieg  
binnen der letzten sieben Jahre die deutsche Tonnageab-  
satz von 1 Million auf 1,800,000. In Japan war der deutsche  
Schiffsverkehr i. J. 1899 mit noch nicht 600,000 t vertreten,  
i. J. 1905 aber mit nahezu 4 Millionen. Der Anteil  
Deutschlands am orientalischen Handel ist nicht groß, immerhin  
stieg er von 3900 t i. J. 1899 auf 110,000 t i. J. 1905.  
Ganz gewaltig ist die absolute Zunahme des deutschen  
Schiffsverkehrs in den chinesischen Häfen. Im Jahre 1899  
waren es noch nicht 2 Millionen t, im Jahre 1905 aber  
mehr als 8 Millionen. Es hat somit mehr als eine  
Verzweifelfung des deutschen Schiffsverkehrs statt-  
gefunden.

Auch in den meisten afrikanischen und australischen Ländern  
ist erfreuliche Fortschritte festzustellen. Am Gesamtverkehr  
durch den Suezkanal war Deutschland i. J. 1899 mit  
wenig über 1 Million t vertreten, i. J. 1905 aber mit  
2 1/2 Millionen. Beachtenswert ist, daß das Land, das auf  
den Suezkanal besonders stolz ist, weil es den Erbauer des  
Kanals gestellt hat, Frankreich, mit 850,000 t um mehr als  
die Hälfte hinter Deutschland zurückfiel. Im Verkehr mit  
der Kapkolonie liegt Deutschland von 1899-1905 von wenig  
über 300,000 t auf nahezu 900,000. Auch in den deutschen  
Kolonien, Kamerun und Togo, hat die deutsche Flagge  
Fortschritte gemacht, während die fremden Flaggen zurück-  
gegangen sind. In den australischen Ländern ist sie  
ebenfalls vorwärts gekommen, am meisten in Queensland,  
wo unter deutscher Flagge i. J. 1898 noch nicht 10,000 t  
einliefern, i. J. 1905 aber über 200,000. Recht ansehnlich  
ist auch die Steigerung von 1/2 Million auf über 1 1/2 Million  
in West-Australien. Vom nationalen Standpunkte aus zu  
bedauern ist die Tatsache, daß der Verkehr im Hafen von  
Alyia fast ganz unter dem Zeichen der britischen Flagge  
steht, die nahezu 90 Prozent des Gesamtverkehrs beträgt. Die  
verhältnismäßige Nähe des australischen Festlandes  
macht dies freilich begreiflich.

Im großen und ganzen bietet also die Entwicklung des  
deutschen Schiffsverkehrs in der Uebersee ein recht erfreu-  
liches Bild. Angesichts der Anstrengungen freilich, die auch  
andere Länder machen, insbesondere die Vereinigten Staaten  
und Japan, werden die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften  
trotzdem weiterarbeiten müssen, wenn sie das ererbte Terrain  
behaupten und neues hinzugewinnen wollen.

## Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin tonde die Prinzessin  
Victoria Louise nach dem Sonntag vormittag mit der Prinzessin  
von dem Gottesdienst in der Schlosskapelle zu Wilhelmshöhe teil.  
Für Frühstückstisch waren geladen Fürst und Fürstin zu Pleß  
und Prinzen und Prinzessinnen von Sachsen, sowie der  
Intendant der kaiserlichen Schauspiele in Kassel Graf von Dy-  
lank-Abrecht und Barer Weber.

Am Sonnabend nachmittag traf der König von Siam  
mit seinem Sohn Prinzen Vajiravadda und dem Gefolge zum Besuche  
des Herzog-Regenten in Braunschweig ein und wurde auf  
dem Bahnhof von Herzog Johann Albrecht persönlich auf das  
besagte Festmahl. Die Fahrt ging durch die vorwiegend mit  
hansischen Fischen und mit Gläubigen reich geschnittenen  
Strecken im offenen Reichsbahnwagen mit großem Vorantrieb nach dem  
Schloß. Den Herköstlichkeiten wurden von der Straßen füllende  
Menge heraldische Donationen gebracht, für die der König  
sichtlich erfreut dankte. Am 7. Uhr war im Schloß Salottsalon  
die sich Festversammlung im Hofsaal anhielt. Am Sonntag  
vormittag besah sich Herzog-Regent Johann Albrecht mit dem  
König von Siam und dem hiesigen Hofe nach dem  
Sara-Berg, wo eine eingehende Besichtigung des Hofsaals  
in Würdigung erfolgte. Nach einem in Wald Garaburg ein-  
genommenen Frühstück wurde eine Fahrt durch die Berge unter-  
nommen. Während ein Teil des Hofes nach Braunshweig  
zurückkehrte, unternahm der Herzog-Regent mit seinem Gefolge  
eine Rundreise nach dem Braunschweig. Die weitere Reise  
Sara-Berg in Richtung nach Blankenburg. Am Abend fanden  
im Hofsaal Vorträge der vereinigten Gesangsvereine statt, an  
die sich im Residenzschloß ein Diner angeschlossen.

Der deutsche Botschafter Fürst Baudouin in Paris begab  
sich am Sonnabend auf Urlaub nach Deutschland und wird bei  
dieser Gelegenheit den Reichskanzler Fürsten Bülow in Nordsee  
besuchen.

## Die preussische Wahlreform.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ äußert sich in ihrer Sonntags-  
nummer zum erstenmal über die preussische Wahlreformfrage,  
der sie zwei Spalten ihrer Wochenbeilage widmet. Da die  
„Nordd. Allg. Ztg.“ nur solchen Ausdrücken Aufnahme ge-  
währt, die in der Sprache der jeweiligen Regierung gehalten sind,  
so wahren die bemerkenswerten Teile des Artikels hier wieder-  
gegeben werden.

Die jüngsten Vordenkungen der preussischen Wahl-  
rechtsreform, so schreibt das offiziöse Blatt, sollten keine  
fachliche Lösung der Wahlrechtsfrage darstellen. Ein  
Gesamtschicksal der Wahl nicht, sondern die Herr von  
Reichsmannschwaiger sich nicht mit der Wahlrechtsreform der preussischen  
Verfassung befaßt, sondern auch die Frage einer Verfassungs-  
änderung der preussischen Wahlrechts eine gründliche Prüfung  
unterzogen hat. Daß eine solche ernsthafte Prüfung aber not-  
wendig zu einer weitestgehenden Empfehlung des Reichstags-  
wahlrechts auch für Preußen führen müsse, ist doch nur ein  
linksliberales Dogma. Diese Anschauung hat  
ihre Wurzeln in der Siam- und Bragança-epöche, welche  
politische Leben die zur letzten Verfassung führte.  
Wir können das verstehen. Wer die Wünsche des Gegners  
achtet, wird seinen Vertreter wegen solcher abweichenden An-  
schauungen nicht als „Stimmloses Stimmlos“ beschimpfen. Wer  
jedoch offenen Auges das politische Leben unter diesem Reichs-  
wahlrecht und seine Entwicklung verfolgt hat, wird ebensoviele  
ein in unbedeutender Vorzeichen nicht recht sein, daß seine  
Einschränkung auch in alle feinsten parlamentarischen Details  
schärfen wünschen könnte. Wir glauben, die Bedenken gegen eine  
Veränderung nicht besser schärfen zu können, als es der Minister  
des Innern 1906 bei Behauptung der damaligen Wahlrechts-  
entwürfe im Abgeordnetenhaus in seiner nachstehenden Zeit getan  
hat. Er legte dar, wie man, getragen vom Gefühl der Kraft  
und des Vertrauens, die ganze Politik in eine neue Bahn zu  
einen Vaterlandes durchzuführen, freierzeit bei Reichstags-  
wahlen in die Hände gleichberechtigter Wähler gelegt habe. Heute aber  
drückt, trotz dieses gerechten Wahlrechts, ein bitteres Gefühl der  
Unlust (es war vor der letzten Reichstagswahl) das öffentliche  
Leben. Die neue Zeit sei das Zeichen, die weiteren Schritten  
des Volkes an den Leistungen der Politik teilnehmen zu lassen. Aber  
bei dem Verstehen ist die ganze Politik in eine neue Bahn zu  
von den Stimmungen der Waise gerufen, die wie ein Alp auf  
dem öffentlichen Leben lastet. Leber den Verstreuten, den  
Schwachen zu helfen, diesen edelsten Geistes der Menschheit, dürfte  
nicht vergessen werden, die besten und edelsten Kräfte des Volkes  
empor zu ziehen und sie zu Führern des Volkes machen. Es sei  
hohe Zeit, daß die Kräfte, die anhaltend stehen, wieder frei  
werden. Das politische Leben der preussischen Verfassung  
Wir bedürfen neues Wahlrechts, das alles gleich macht, sondern  
eines solchen, das den einzelnen und ganze Verfassungsklassen  
nach oben stellt. Weit überaus beurteilt der liberale National-  
ökonom Werner Sombart die Folgen des Reichstagswahlrechts;  
im „Morgen“ behandelt er, im Reichstagsberichte die hohle  
Bühne vor; er gibt allerdings dafür eine uns nicht planfö-  
hliche Erklärung.

Der Antrag auf die Einführung des allgemeinen, gleichen  
und direkten Wahlrechts wurde in namentlicher Ab-  
stimmung mit 189 gegen 80 Stimmen verworfen. Wäre das  
Gesetz beschloß gewesen, so wäre die Prozentsahl der Gegner  
sicherlich noch erheblich größer gewesen. Immerhin beweist diese  
große Gegenwehr, daß auf eine Annahme einer gleichen und  
direkten Wahl kein Verzicht zu machen ist. Die Verfassung  
wäre nicht zu rechnen ist. Den „brutalen Siam“ und den  
„Staatsstreik“ weist die „Freisinnige Zeitung“ ausdrücklich ab,  
sie rücht von Annahme und dessen Verneinung des Beamten-  
erlasses von 1882 weit ab; sie „rechnet vollständig auf weiterhin“  
mit der Institution des preussischen Verordnungs; diese beide bei  
allen Mängeln verstanden den einen Vorschlag, daß ein intelligenter  
und energischer Beamter aus diesem Verordnungsstellen könnte,  
wie es ihm beliebt. Diese ist die einzige Betrachtung der Dinge,  
die mit den gegebenen Faktoren und ihrem Maßverhältnis  
rechnet, verdient sicherlich den Vorrang vor dem Hauptverzicht  
Naumanns. Wie in der Frage bedeutsam hervorzuheben  
wurde, könnte über diese Wahl nicht wider Wahlen zu  
Wieder leicht, daß auf dem realen Boden die  
den Verfassungsgesetzgebungs übersehen werden. Und dessen ist  
auch innerhalb der Wahlpolitik im Reichstag wie vollständig im  
Landtag nicht gar wenig. Eine forcierte Forderung des

Reichstagswahlrechts für Preußen könnte gerade für den  
Liberalismus in ein großes Problem haben, selbst gleich dem  
Fall, daß an geheimer Zeit die Regierung abermals die  
Initiative zu einer Reform des Verordnungsrechts ergreifen  
würde. Bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen im Ab-  
geordnetenhaus ließe die drohende Mahnung der freisinnigen  
„Zeit“ nicht in den Sinn zu fassen, wenn sie meint: „Im  
Falle der fortgesetzten liberalen Regierung liegt es, daß, wenn von  
den Konservern die Zustimmung zu einer Änderung des  
bestehenden Wahlrechts gelodert wird, auch die Liberalen so weit  
von ihren Forderungen ablassen, daß die Konservern sich mit  
der Änderung des Wahlrechts abfinden können. Wenn daher die  
Liberalen die direkte Wahl und eine stärkere Ver-  
sicherung der Preussen im Reichstag zu erreichen  
wollen, werden sie andererseits wohl bereit sein müssen, nicht nur  
die Abstinenz der Wählerkreise nach Wilmanns, Welt  
und Alter, sondern auch einer besonderen Berücksichtigung der  
jünglichen Grundbesitzer auszulassen. Man würde jede Vor-  
zugs der Regierung sicherlich in diesem Sinne zu überlegen  
haben. Gewiß, die Liberalen mögen auf ihrer Forderung  
bestehen; wie die Dinge liegen, ist es aber nicht leicht ein  
ausführliches, sondern ein für die vertretenen Forderungen  
direkt schädliches Unterfangen, von ihrer sofortigen Ver-  
sicherung den Bestand der Wahlpolitik abhängig zu machen.  
Sollte sie einmal verwirklicht werden, so bedürfte  
es einer neuerlicher Kampfe, welche politischen Umwälzungen  
im Gefolge großer Ereignisse. Wir hoffen deshalb, daß die  
linksliberalen Parteien, wie 1906 sich nicht von Sozialen  
demokraten abspalten dürfen lassen, sondern wie damals, wenn sie  
eine gleiche Agitation zu Gunsten einer Einführung des Reichs-  
tagwahlrechts in Preußen inszenieren sollte, deren Form ent-  
scheiden ableiten.“

Wir sind auf diesen Artikel so ausführlich eingegangen, weil  
er uns als Stimmungsproblem wertvoll erscheint, und weil  
und weil uns ebenfalls bewusst, daß die Materie an die  
eine Wahlreform denkt und nicht jeden, der die For-  
derung des Reichstagswahlrechts für Preußen erhebt, als Un-  
sinniger ansieht, sondern nur mit Rücksicht auf die gegenwärtigen  
parlamentarischen Verhältnisse und auf die Wahlpolitik  
beurteilt, die sofortige Erfüllung der Programmforderung  
der linken zu verlangen.

## Die neuen Marineforderungen.

Am nächsten Wochenende werden, wie schon erwähnt, die  
ersten Pläne für zwei Miniergeschiffe und einen Panzerkreuzer ge-  
fordert werden, auf denen noch 2 kleine Kreuzer und 2 Torpedos-  
bootschiffe folgen werden. Die beiden Miniergeschiffe werden  
die Ersatzbauten für „Coblenz“ und „Görlitz“ sein, die  
1884 resp. 1888 vom Stapel gelangt sind. Im Jahre 1909  
werden die ersten Pläne für „Coblenz“, „Görlitz“ und „Frischhof“  
angeordnet werden, während der noch folgende Neubau des  
38. Miniergeschiffes erst für 1910 vorgezogen ist. Der geordnete  
Panzerkreuzer (G) ist der 17. der durch das Stützgeschiff vor-  
geschriebene 20 großen Kreuzer. Die folgenden drei (Erlang, Haltern  
Quana), „Dortmund“ und „Buxtehude“) sollen in den Jahren  
1909, 1911 und 1912 mit der ersten Pläne angeordnet werden.  
Auser den ersten Plänen für die zwei neuen kleinen Kreuzer  
werden die zweiten Pläne für „Erlang“ und „Görlitz“, die  
dritten resp. „Erlang“, „Görlitz“ und „Erlang“ angeordnet.  
Alle diese Pläne und Forderungen bewegen  
sich durchweg im Rahmen des Stützgeschiffes; zumeist handelt  
es sich um Ersatzbauten.

## Die „falsche Wissenschaft“.

Es war zu erwarten, daß auf dem Eucharistischen Kongress in  
Wien Kardinal Baumstark, der päpstliche Sendling, auch sein Herz  
über den Reformkatholizismus auslassen würde. Er hat in  
Wien nach weiteren Redungen von dort folgendes gesagt:

„Unser Herz muß tief trauern bei dem Gedanken, daß der  
Geist der modernen Zeit, die Wissenschaft, die sich nicht  
entzieht, dem Worte Gottes, der Schrift und der Ueber-  
lieferung nicht würdig ist, der Autorität der Kirche seine  
Forderungen eines unerschütterlichen Gehorsams entgegenzusetzen,  
und da der Menschensinn nicht über sichere und stetig en-  
gepaarte Ställe hinaus kann, so ist es bedauerndwert, daß die  
Prozesse der Erneuerung, verführt durch die falsche Wissenschaft,  
nicht mit dem Namen der Wissenschaft, die sich nicht  
überleben die von Gott empfangenen Lehren zu studieren  
und zu beurteilen. So kommt es, daß sie im Feuerwagen auch  
die soliden Lehren bestärken, die katholische Wahrheit  
gleichsam wie eine Burg erobert wollen. Den Trugschiffen  
einer falschen aufstrebenden Wissenschaft halten wir das fest-  
stehende göttliche Wort und der Freiheit der Meinungen die  
sichere Burg der Kirche entgegen. Mit diesen Worten werden  
wir nie denken, daß die zu weit gehenden Neuerer durch  
Anklage über die Wirkung eines etwas unternehmen, wodurch  
die in unserm Innern wohnende Liebe und unser größtes  
Trost, die Eucharistie, uns entziehen werde.“

Auch Kardinal Fischer stellt die „Schell-Commer-Prage“ und  
die „Antiquarische“. Alle diese „erwarteten Bewegungen“ werden  
die Autorität der Kirche schädigen und können sie untergraben.  
Es sei nicht zu vergessen, daß der Wissenschaft, die sich nicht  
überleben die von Gott empfangenen Lehren zu studieren  
und zu beurteilen. So kommt es, daß sie im Feuerwagen auch  
die soliden Lehren bestärken, die katholische Wahrheit  
gleichsam wie eine Burg erobert wollen. Den Trugschiffen  
einer falschen aufstrebenden Wissenschaft halten wir das fest-  
stehende göttliche Wort und der Freiheit der Meinungen die  
sichere Burg der Kirche entgegen. Mit diesen Worten werden  
wir nie denken, daß die zu weit gehenden Neuerer durch  
Anklage über die Wirkung eines etwas unternehmen, wodurch  
die in unserm Innern wohnende Liebe und unser größtes  
Trost, die Eucharistie, uns entziehen werde.“

## Polnische Antriebe.

In einem Artikel des „Barter Journal“ zur Erinnerung  
Kaiserreichs wird über eine Veränderung der Gesetze in  
Polen berichtet und diese angebliche Erneuerung mit der  
jüngsten Monarchenversammlung in Zusammenhang gebracht.  
Hierzu schreibt die „Süddeutsche Reichs-Anzeiger“:  
„Damit  
sich grundsätzliche Grundsätze wieder aufzuweisen, die auch in  
die deutsche Verfassung gefunden haben. In den drei Kaiser-  
reichen ist die Verfassung nicht nur ein Staatsrecht, sondern  
jedem zu beherrschen ist. Aber auch in den Kaiserreichen  
gibt es keine Verfassung, über die Bestimmungen über Ver-





